

Statement

von

Peter Driessen
Hauptgeschäftsführer
des
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz
am 16.05.2017, 10:30 Uhr,
IHK für München und Oberbayern,
Großer Clubraum,
Balanstraße 55 - 59, 81541 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft setzt ihre Rekordjagd fort. Aktuell laufen die Geschäfte so gut wie noch nie. Der Lagerekord vom Jahresbeginn wird nochmals spürbar übertroffen. Die Stimmung liegt mit einem Indexwert von 135 Punkten nur noch knapp unterhalb des bisherigen Allzeithochs vom Frühjahr 2011. Es ist der zweitbeste Wert seit Beginn unserer Konjunkturmfrage im Jahr 1993. Die Aussichten für die kommenden Monate bleiben außerordentlich gut, denn alle Branchen erwarten stabile Zuwächse. Das schwierige politische Umfeld überträgt sich damit bislang nicht auf die Konjunktur. Dies sind die zentralen Ergebnisse der BIHK-Konjunkturmfrage unter rund 3.900 Unternehmen.

Aktuell melden 56 Prozent der Unternehmen eine gute Lage, nur 5 Prozent eine schlechte. Per Saldo liegen die Lageurteile mit 51 Punkten auf dem höchsten Wert seit 1993. Die Branchen mit den besten Werten sind das Baugewerbe, die Industrie und die Dienstleister.

Die konjunkturelle Drehzahl wird auch in den kommenden zwölf Monaten hoch bleiben, denn 28 Prozent der Unternehmen rechnen sogar mit einer weiteren Belebung, eine Eintrübung erwartet weniger als jedes zehnte.

Diese hervorragenden Aussichten ermuntern die Unternehmen, mehr zu investieren. Dies haben 31 Prozent der Befragten vor. Auch der Personalbedarf nimmt weiter zu: Bei rund jedem fünften bayerischen Unternehmen steht ein Ausbau der Belegschaft auf der Agenda – und nur knapp jedes zehnte will Stellen streichen. Den Personalwünschen steht jedoch der zunehmende Fachkräftemangel entgegen.

Was macht den Aufschwung so robust? Steigende Einkommen, Beschäftigungsaufbau sowie niedrige Zinsen halten die Konsumlaune hoch. Die Bruttomonatsverdienste steigen in Bayern stärker als im Rest Deutschlands: Der durchschnittliche Zuwachs betrug 2016 im Freistaat 2,9 Prozent, in Deutschland 2,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Beschäftigtenzahl in Bayern um 2,5 Prozent (Deutschland: 2,2 Prozent). Seit der Finanzkrise 2009 haben wir einen Jobaufbau in Bayern von knapp 18 Prozent. Zusätzlicher Rückenwind kommt aus dem Ausland. Bayerische Produkte sind wettbewerbsfähig und werden stark nachgefragt.

Risiken

Der Fachkräftemangel bleibt die größte Wachstumsbremse der bayerischen Wirtschaft: 55 Prozent der Unternehmen sehen in ihm ein Geschäftsrisiko. Der zu Jahresbeginn aufgestellte Negativrekord wird noch einmal um 5 Zähler übertroffen. Wie stark die Personalknappheit die Entwicklung beeinträchtigt, zeigen auch unsere aktuellen Zahlen des

IHK-Fachkräftemonitors Bayern. Rund 17 Milliarden Euro beträgt der Wertschöpfungsverlust in diesem Jahr aufgrund 227.000 fehlender Fachkräfte.

Zurück auf dem Risiko-Dashboard melden sich die Energie- und Rohstoffpreise: Für 30 Prozent der Unternehmen sind sie ein Geschäftsrisiko. Vor Jahresfrist lag der Wert 9 Prozentpunkte niedriger.

Das schwierige politische Umfeld bremst die Geschäfte dagegen noch nicht. Aktuell werden die wirtschafts-politischen Rahmenbedingungen sogar von weniger Unternehmen als Risiko angesehen: Zu Jahresbeginn waren es 49 Prozent, nun sehen 44 Prozent der Unternehmen in ihnen eine Gefahr für das eigene Geschäft.

Anfang des Jahres sorgten der Brexit, die Amtsübernahme durch den US-Präsidenten Trump und die Aussicht auf die Präsidentschaftswahl in Frankreich noch für Unruhe. Die Unsicherheit in der Wirtschaft war dementsprechend groß. Mittlerweile gibt es ein Aufatmen. Es zeigt sich zum Beispiel, dass die Umsetzung kritischer Maßnahmen, wie beispielsweise ein protektionistisches Steuersystem der USA, immer unwahrscheinlicher wird. Andererseits laufen die Geschäfte trotz bestehender Risiken robust weiter. Dies steigert das Vertrauen in die Stabilität des Aufschwungs.

Wie sieht es in den einzelnen Branchen aus?

Industrie

Der bayerische Konjunkturmotor läuft wieder auf Hochtouren. Fast 60 Prozent der Industrieunternehmen sind mit ihrer Geschäftslage zufrieden, unzufrieden sind hingegen nur 5 Prozent. Dies ist ein neuer Lagerekord. Die Aufträge aus dem Inland sind erneut kräftig angestiegen. Rückenwind kommt auch aus dem Ausland: Insbesondere in Nordamerika, China und der Eurozone – also den drei wichtigsten Exportregionen - konnten unsere Unternehmen in den vergangenen Monaten mehr Aufträge verbuchen.

Mit hoher Drehzahl werden die Geschäfte auch in den kommenden Monaten weiterlaufen: Rund jeder dritte Industriebetrieb rechnet mit einer besseren und nicht einmal jeder zehnte mit einer schlechteren Geschäftsentwicklung. Da die Betriebe sehr gut ausgelastet sind, nimmt ihre Investitionsbereitschaft weiter zu und der Personalbedarf steigt: 22 Prozent der Betriebe wollen neue Stellen schaffen, nur 10 Prozent planen, Stellen zu streichen.

Dienstleistungen

Hervorragende Geschäfte macht auch das bayerische Dienstleistungsgewerbe: 57 Prozent der Dienstleister sind mit ihrer aktuellen Lage zufrieden und nur 4 Prozent unzufrieden. Mit 53 Punkten erreicht der Lage-Saldo auch

hier einen neuen Rekord. Für die kommenden zwölf Monate sind die Unternehmen sogar noch optimistischer als zu Jahresbeginn. Auch die Dienstleister wollen daher mehr investieren und zusätzliches Personal einstellen: 25 Prozent der Befragten rechnen damit, dass sie Beschäftigung aufbauen können, nur 9 Prozent streichen Stellen.

Bauwirtschaft

Das bayerische Baugewerbe ist derzeit der Konjunkturgewinner schlechthin. Perfekte Rahmenbedingungen finden sich für den Wohnungsbau. Einen wesentlichen Beitrag leistet die extrem expansive Geldpolitik der EZB, denn die Bauzinsen bleiben weiter niedrig. Gemeinsam mit dem stabilen Arbeitsmarkt und steigenden Einkommen treibt dies die Nachfrage nach Wohnungen höher und höher. Zusätzlich drängen Investoren in den Wohnungsmarkt, da dieser als sicher gilt und Rendite verspricht.

Die öffentliche Hand vergibt ebenfalls mehr Bauaufträge. Dank sprudelnder Steuereinnahmen und günstiger Zinsen verfügt sie über erhebliche finanzielle Mittel. Zuletzt profitiert die Baubranche auch von der anziehenden Investitionstätigkeit der Wirtschaft.

Dies alles trägt die Stimmung im bayerischen Baugewerbe von Rekord zu Rekord. 70 Prozent der Bauunternehmen melden eine gute Geschäftslage. Schlechte Geschäfte

meldet praktisch kein einziger Befragter. Der bisherige Rekord vom Jahresbeginn wurde damit erneut übertroffen. Und die Unternehmen sehen sogar noch Luft nach oben: Rund ein Viertel erwartet eine nochmalige Geschäftsbelebung und fast drei Viertel eine gleichbleibend gute Entwicklung. Mit Rückgängen rechnet fast kein Unternehmen.

Da die Bauunternehmen voll ausgelastet sind, erweitern sie ihre Kapazitäten. Auch beim Personal stocken sie auf. Dies dürfte allerdings schwer werden, denn schon jetzt ist für 83 Prozent der Unternehmen in der Branche der Fachkräftemangel das Geschäftsrisiko Nummer 1.

Großhandel

Das Bindeglied zwischen vielen Branchen ist der Großhandel. Die Bewertungen in diesem Wirtschaftszweig erreichen nicht ganz den Rekord vom Jahresbeginn: 54 Prozent der Grossisten sind mit ihrer Geschäftslage zufrieden und nur 6 Prozent unzufrieden. Die Aussichten für die kommenden 12 Monate sind aber sogar kräftig angestiegen, denn mehr Händler als zuletzt erwarten ein Umsatzplus. Dies unterstreicht, dass der breite Aufschwung der bayerischen Wirtschaft in den kommenden Monaten weitergehen wird.

Einzelhandel

Im Gegensatz zum Großhandel hängt der bayerische Einzelhandel in erster Linie von den privaten Haushalten ab.

Dank steigender Einkommen, mehr Beschäftigten und günstiger Zinsen ist die Konsumlaune der Haushalte hoch. Daran ändern derzeit auch die zuletzt wieder gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise noch wenig. Allerdings profitieren nicht alle Einzelhändler gleichermaßen: Während die Umsätze im stationären Einzelhandel unter Druck sind, läuft das Onlinegeschäft besser.

Was bedeutet das für die Wirtschaftspolitik?

Die bayerische Wirtschaft ist in Bestform. Hiervon profitiert die Gesellschaft insgesamt: Die Steuereinnahmen sprudeln und die Arbeitslosigkeit ist niedrig. Während die konjunkturellen Sorgen im Unternehmerlager derzeit gering sind, stehen politische Themen für die Unternehmen weit oben auf der Tagesordnung. Auf zwei möchte ich näher eingehen: Erstens auf die Arbeitsmarktpolitik und zweitens auf den freien Handel.

Die größten Sorgen macht den Unternehmen die Arbeitsmarktpolitik: Für 51 Prozent der Unternehmen stellen diskutierte Einschränkungen, wie beispielsweise eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, ein Risiko dar. Im Hotel- und Gaststättengewerbe befürchten zwei Drittel der Unternehmen negative Konsequenzen. Ähnlich häufig wird das Risiko aber auch von Industriebetrieben genannt, etwa aus der Gummi-, Kunststoff- oder Metallindustrie.

Die Unternehmen brauchen in der Personalpolitik flexible Instrumente wie Befristungen oder flexiblere Arbeitszeiten. Denn selbst im Boom müssen Auftragsspitzen abgedeckt oder Personalengpässe kurzfristig überbrückt werden. Dies gilt angesichts des Fachkräftemangels umso mehr, denn die Stellenbesetzung dauert länger. Anstatt auf mehr Vorschriften, mehr Bürokratie und mehr Regulierung zu setzen, sollte ein politischer Wettbewerb um die besten Ideen zur Linderung des Fachkräftemangels geführt werden. Hier kann sich die Politik vortrefflich austoben: Wir brauchen Ideen von der frühkindlichen Förderung bis hin zu Maßnahmen, welche die Beschäftigung von Älteren auch nach Renteneintritt fördern. Beim Thema Arbeit 4.0 sollten die Chancen im Mittelpunkt stehen. Mehr Flexibilität kommt sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern entgegen.

Im Trend zum Protektionismus sehen fast 40 Prozent der bayerischen Unternehmen ein Geschäftsrisiko. In unseren exportstarken Industriebranchen, wie dem Maschinen- und Fahrzeugbau, nennen diese Risiken sogar zwei von drei Unternehmen.

Angefacht vom deutschen Leistungsbilanzüberschuss kommen aus Frankreich und den USA erneut kritische Töne. Richtig ist, dass in Deutschland mehr investiert werden muss. Dies gilt für staatliche Investitionen, beispielsweise analoge, das heißt klassische Verkehrswege, sowie digitale

Straßen, also den Breitband- aber auch den Mobilfunkausbau. Dies gilt ebenso für private Investitionen. Die Investitionsbereitschaft kann generell durch eine wirtschaftsfreundliche Standortpolitik erhöht werden, dazu gehört insbesondere die steuerliche F&E-Förderung.

Dies allein wird jedoch weder den Überschuss abbauen noch die Kritik der anderen Länder verstummen lassen. Die Politik muss daher die Debatte viel offensiver führen als bisher. Sie muss die Vorteile des Freihandels und der Globalisierung klarer herausstellen und die Interessen Deutschlands deutlicher vertreten. Drei Punkte möchte ich nennen.

Laut amtlicher Statistik hatte Bayern im letzten Jahr einen aggregierten Handelsbilanzüberschuss von rund 17 Milliarden Euro. Dieser Überschuss verdeckt jedoch, dass auch Bayern gegenüber einigen Ländern ein Minus aufweist. Aus Tschechien beispielsweise importieren wir knapp 7 Milliarden Euro mehr an Gütern als wir dorthin exportieren. Dies ist Ausdruck internationaler Arbeitsteilung und Spezialisierung.

Deutsche Fahrzeugbauer stellten 2016 im Ausland mit 10,1 Millionen Autos fast doppelt so viele Fahrzeuge her wie im Inland (5,7 Millionen). Mit Produktionsstandorten im Ausland erschließen die Unternehmen die dortigen Märkte, aber diese Länder profitieren auch durch den Know-how-Austausch. BMW ist mit seinem Werk in Spartanburg der

größte Autoexporteur der USA. Von einer Handelspolitik zu Lasten der Partnerländer kann also keine Rede sein.

Dies zeigen auch die Investitionen bayerischer Unternehmen im Ausland. Laut Deutscher Bundesbank betragen im Jahr 2014 - das sind die aktuellsten erhältlichen Zahlen - die saldierten Bestände unmittelbarer und mittelbarer Direktinvestitionen Bayerns gegenüber den USA 62,1 Milliarden Euro, dem Vereinigten Königreich 21,7 Milliarden Euro oder China 13,9 Milliarden Euro. Dies wird häufig übersehen: Ein Leistungsbilanzüberschuss bedeutet nämlich, dass Kapital im gleichen Volumen aus Deutschland abfließt. Vereinfacht gesagt: Die im Ausland erwirtschafteten Gewinne werden oftmals auch dort investiert.

Die zukünftige Bundesregierung startet im Herbst mit einer Schön-Wetter-Konjunktur. Dieses Hochdruckgebiet wird jedoch nicht ewig halten. Es besteht die große Gefahr, dass die Wirtschaft als Selbstläufer angesehen wird. Bei allem Verständnis für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller an einer erfolgreichen Gesellschaft: Nur mit Umverteilung lässt sich keineswegs Wohlstand für alle herstellen. An erster Stelle müssen jetzt und auch nach der Bundestagswahl vernünftige und zuverlässige Standortbedingungen stehen.